

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Telegraph: Sammelnummer 25 241
Telefon: Nachgelehrte 20 011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Abtragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500.—
Einzelnummer M. 25.—, Sonntagsausgabe M. 30.—.
Die Umlage 12 mm breite Seite M. 30.—, außerhalb Sachsen M. 6.—. Familien-
ausgabe und Zeitungszeitung unter Bezugnahme weiteren Rabatts M. 25.—.
Vorzeigepreise neu zuerst. Mindestpreis gegen Herausgabe.

Schriftleitung und Redaktionsschule:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von epiph & Reichart in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Stadt") zulässig. — Unverlangt geschickte werden nicht aufgenommen.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Am Vorabend der Londoner Konferenz.

Eine amerikanische Botschafterkonferenz in London.

Amerika und die Londoner Reparationskonferenz. London, 8. Dez. Der diplomatische Vertreter des "Daily Telegraph" schreibt: Ein Beweis für das ungewöhnliche Interesse, das die Washingtoner Regierung und Amerika überhaupt den Londoner Verhandlungen der alliierten Premierminister über die Reparationsfrage zuwenden, sei die Zusammenkunft der amerikanischen Botschafter in Berlin und Brüssel mit dem amerikanischen Botschafter in London. Der Botschafter in Paris werde sich später auch noch nach London begeben. Der Korrespondent erläutert, daß diese Botschafterkonferenz auf Grund besonderer Weisungen aus Washington stattfindet, und lädt hinzun, Amerika sei zwar noch nicht formal zur Konferenz geladen worden, werde aber auf ihr vertreten sein. (W. T. B.)

Poincarés Abreise nach London.

Paris, 8. Dez. Der Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister de Lassalle sind heute mittag in Begleitung des Directors im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Perretti de la Rocca, des Secretärs der Botschafterkonferenz Berlin, das Nachvordänen Connery und des Botschafters de Margerie zur Londoner Konferenz abgereist.

Poincarés Ruhrpläne.

Abreitung der neutralen Zone. Paris, 8. Dez. Der "Petit Parisien" schreibt zur Londoner Konferenz: Drei Fragen würden gestellt werden: 1. Kann man endgültige Zahlungen festlegen? 2. Kann man ein Moratorium gewähren? 3. Welches sind die Bedingungen für einen solchen Zahlungsaufschub?

Die zweite Frage mache keine Schwierigkeiten. Frankreich könne nur angeben, daß Deutschland für eine kurze Zeit, höchstens für zwei Jahre, von jeder Zahlung bestreit werden, also während einer Zeit, die auswendig sei, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Viel schwieriger sei

die Regelung der Schulden Deutschlands.

Frankreich könne in eine Herabsetzung eintwilligen, wenn auch gleichzeitig die interalliierten Schulden herabgesetzt würden. Von englischer Seite werde jedoch erklärt, daß auch England seine amerikanischen Schulden zu bezahlen habe. Die Haltung Frankreichs gegenüber der Bewährung eines Moratoriums sei durch die Logik der Verhältnisse selbst bestimmt. Ein langfristiges Moratorium könne nur gegen Sicherheiten gegeben werden, und zwar durch

Beschlagnahme der Kohlengruben des besetzten Gebietes.

Diese Maßnahme verlange jedoch keine Verstärkung der Besetzung auf die 500 Kilometer-Zone, um den Rückstand der Bergbaubetriebe, wie das Malt meint, zu beseitigen. Das Blatt ist aber nicht sicher, daß England Frankreich auf diesem Wege folgen werde. — Wie andere Blätter ausspielen, verbirgt sich hinter diesem französischen Plan nichts anderes, als die Besetzung des Ruhrgebietes und die Belehrung der Ruhrkohlengruben, die gleichzeitig mit dem Belegnisse der deutschen Finanzregierung erfolgen sollen. Die von Frankreich geplante Ausbreitung der Besetzung auf die bisher entzerrte 50-Kilometer-Zone istlich des Rheins würde das ganze Ruhrgebiet mit Ausnahme einiger nördlicher Punkte in französische Gewalt bringen.

Das Gewerkschaftsblatt "Le Peuple" schreibt: Die öffentliche Meinung in London wende sich bewußt gegen ein

isoliertes Vorgehen irgend einer der alliierten Mächte. Sie verlange ein Moratorium für Deutschland, spreche sich für die endgültige Beilegung des von Deutschland zu zahlenden Reparationsbetrags aus und verlange die Zurückziehung der Befehlung des rheinischen Gebiets. Es handele sich hierbei nicht um die Auflösung der Liberalen und der Arbeiterpartei, sondern um die Auflösung, die im Vertrage des Völkgangsabkommens des Verbandes der englischen Handelskammer zum Ausdruck komme. Aus diesem Grunde sei leicht ein französisch-englischer Kriegswalt vorzusehen, wenn Poincaré seine Forderungen aufrechterhalte. Das Blatt beschäftigt sich jedoch mit dem Vorgehen der Vereinigten Staaten, das durch die Anwesenheit der amerikanischen Botschafter in Deutschland und Belgien in London zum Ausdruck komme.

England vor der Entscheidung.

London, 8. Dez. Der morgen beginnende Konferenz der alliierten Premierminister wird mit unvorhergesehener Spannung erwartet. Ein Sonderberichterstatter des "Manchester Guardian" schreibt: Wenn die Ansichten Poincarés in der französischen Presse richtig wiedergegeben werden, so wird Bonar Law vor die unangenehme Wahl gestellt, Frankreich seinen Willen in bezug auf das Ruhrgebiet zu lassen, was das wirtschaftliche Chaos in Europa bedeuten würde, oder Frankreich Widerstand entgegenzusetzen. Eines der Wahlversprechen Bonar Laws ist gewesen, daß er engere Beziehungen mit Frankreich herstellen möchte. Morgen wird dieses Versprechen auf eine harte Probe gestellt werden. (W. T. B.)

London, 8. Dez. In einem Artikel schreibt die "Times", es sei zu befürchten, daß die von Frankreich geplanten "strukturellen Maßnahmen" ein Zusammenstoß Deutschlands mit den Alliierten bei dem Versuch unmöglich machen werden, die Wirtschaft zu stabilisieren und die deutsche Produktion und die deutschen Finanzen Ölspannen für den Reparationsdienst nutzbar zu machen. Es scheine, daß die neue deutsche Regierung nicht damit beginne, politisch die Entwicklung der Alliierten abzuwarten, sondern sich vorbereite, ihre eigenen Verträge zu der Erörterung heranzutragen. (W. T. B.)

Berzögerung der Übergabe der deutschen Reparationsvorschläge.

Berlin, 8. Dez. Zur Regelung der Reparationsfrage wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß die neuen deutschen Vorschläge den Alliierten nicht mehr vor oder unmittelbar nach dem Ablaufmitemitt der Londoner Konferenz übermittelt werden dürften. Das Gleichaltrivariat habe sich noch nicht mit der Frage befaßt, ob und welche Vorschläge den alliierten Ministerpräsidenten gemacht werden sollen, um zu einer endgültigen Verständigung in der Reparationsfrage zu gelangen. Die Erörterungen darüber hätten sich bisher auf einen sehr kleinen Kreis, das sogenannte innere Kabinett, beschränkt.

Neuherr und innere deutsche Anleihe?

Berlin, 8. Dez. Wie eine diesjährige Korrespondenz berichtet, dürften der Reparationskommission bestimmte Vorschläge gemacht werden, die jedoch nicht vorliegen können, da das Reich hierzu nicht in der Lage sei. Auch das Reichsbankgold oder ein Teil desselben kommt hierbei nicht in Betracht. Es dürfte jedoch die Notwendigkeit einer äußeren Anleihe erneut betont und daneben die Stabilisierung der Mark an eigenen Kräften in Aussicht gestellt werden. Auf diesem Zweck soll vermutlich eine innere Anleihe beabsichtigt sein, die einen gewissen Zusammenhang mit der früheren, bereits in Aussicht genommenen sogenannten werbenden Anleihe habe.

Die deutsche Antwort auf Poincarés Gühneforderungen.

Zahlung der Goldmillion durch das Reich?

Berlin, 8. Dez. Heute vormittag trat das Reichskabinett zusammen, um sich über die Antwortnote in Sachen der Vorfälle von Tassan und Ingolstadt schlüssig zu werden. Außerdem stand eine Beratung zwischen dem Reichsaußenminister v. Rosenthal und den Vertretern über die gleiche Frage statt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß in der Haltung der Reichsregierung gegenüber der Goldforderung der Entente eine gewisse Bedeutung sich vollzogen habe. Die Note wird am 10. Dezember in Paris übergeben werden.

Wie über den Inhalt der Note verlautet, bestätigte die Reichsregierung in der Note nochmals ihr Bedauern über die Vorfälle und die Goldforderungen anfangen, so erwäge die Reichsregierung, ob die Aufbringung dieser geforderten Summe möglich wäre. Zu dem Verlaufen nach Abrechnung der Befreiungsmeister der betreffenden Städte dürfte die Reichsregierung vorwiegend erklären, daß sie sowie die Landesregierung keinen unmittelbaren Einfluss auf diese Städte habe, sondern daß dies Sach der einzelnen Städte sei, die sich weiteren, die geforderten Abschüssen vorzunehmen.

Wie von linksstehender parlamentarischer Seite erklärt wird, beabsichtigt die Reichsregierung nicht nur, die geforderte moralische Genugtuung zu geben, sondern auch die

finanzielle Forderung von einer Million Goldmark zu erfüllen. Die Reichsregierung will damit vor allem die Interessen der Rheinlande schützen, die bei einer Verweigerung der Genugtuung die harte Siegerfaust zu spüren bekommen.

Deutsche Bücher als Reparationsleseungen an Italien?

Rom, 8. Dez. Der "Messaggero" meldet, daß zwischen der italienischen und der deutschen Regierung ein Abkommen getroffen worden sei, nach dem Deutschland sich verpflichtet, an Bibliotheken und Lehranstalten für vier Millionen Mark solche Bücher zu liefern, die vor oder während des Krieges erschienen sind. Die Bücher sollen eventuell auf das Reparationskonto aufgeschrieben werden. Die Ausführung des Abkommens unterliegt noch der Genehmigung durch die Reparationskommission.

Einschränkungen im Auswärtigen Amt.

Berlin, 8. Dez. Das Südost-Ministerium des Auswärtigen Amtes, das die Nachfolgestaaten und die Balkanländer bearbeitet hat und dem der neuernannte Gesandte in Sofia, Geheimrat Dr. Klemm, vorstand, wird jetzt aufgelöst werden.

Aus dieser Eigenschaft heraus wurden die Pläne geboren, die von der Reichsregierung in zwölfter Stunde auf der Grundlage der deutschen Reparationsnote vom 10. November ausgearbeitet wurden, um der Londoner oder der Brüsseler Konferenz vorgetragen zu werden. Man kennt sie bloß nur gerichtsweise, nur in Umrissen. Ihre Hauptpunkte scheinen folgende zu sein: Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Industrie, Schaffung eines Fonds, der von Deutschland in vollem Umfang garantiert, zu gleichen Teilen für die Stabilisierung der Mark und für die Leistung gewisser Reparationslasten verwandt wird, Verwaltung dieser Geldmittel durch ein Konsortium, das dem in der beabsichtigten Note vorgeschlagenen internationalen Finanz-

Dollar (Amtlich): 7900
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7830

Kondikt entspricht und das sich im folgenden bemühen wird, zu den genannten Zwecken laufende Anstrengungen aufzunehmen. Diese Wege sind sinnvoll; sie sind nach dem Urteil der seinerzeit in Berlin versammelten Delegierten die einzigen, die bestimmt werden können, um das Weltverderben aufzuhalten. Es hängt nur alles davon ab, wie man den erneuten deutschen Hinweis auf der Londoner Konferenz aufnehmen wird. Einzelheiten stehen die Chancen so, dass weder mit einer vollen Annahme, noch einer runden Ablehnung des deutschen Vorschlags gerechnet werden darf. Das liegt in dem noch völlig unerklärten Verhältnis der Untertanen anzurechnen.

Man spricht zwar viel von einer englisch-französisch-italienischen Einheitsfront, die auf Kosten Deutschlands in Vaucluse zustande gekommen sein soll. Aber es steht, wie sie besonders gern von französischen Plättlern dargestellt wird, in diese Front nun doch nicht. Ganz sicher hat England teil am außländischen Wechsel in der Tatting Frankreich gegenüber Angora, das Frankreich seine Aussicht über die Siedlung der Türkei an den Meerengen wesentlich verändert in der Hoffnung oder auch im Beisein weiterer englischer Ausführungen hinsichtlich der Reparationsfrage. So lange jedoch die Londoner Konferenz, die ja noch andauert, den Briten nicht einen vollen und greifbaren Erfolg gebracht hat, werden sie nach gewohnter Praxis sich vorläufig trotz aller Zugaben an nichts gebunden fühlen und sich auch in

den Reparationsangelegenheiten ihre eigene Entscheidung vorbehalten. Sollte also die Auslandserhebung über die Meerengen am russisch-türkischen Wasserstand scheitern und England damit die dort unten so schwach erhofften Erfolge nicht erreichen, dann würde es in London und Brüssel sich entschieden soweit möglich zu halten versuchen, als das möglich ist. In diesem unklaren englisch-französischen Verhältnis treten die noch schwerer zu urteilenden Anwartschaften Italiens, die Russland in die Waagschale zu werfen gesetzt. Vorher er ist in der Tat, wie berichtet wird, eine Erweiterung des Holländischen Reparationskantons, dann muss es einen starken Zusammenprall zwischen ihm und Polen geben, der stark dafür eintreten gedenkt. Frankreichs Beteiligung an der Reute über 20 Prozent droht anzusteigen. Nach alledem wäre es verfrüht, schon jetzt von einer gelöschten Front der Alliierten zu sprechen, mit der wir in London und Brüssel zu rechnen hätten. Es ist gegenwärtig noch so, dass ein schnelles Handeln des deutschen Regierung auf die Konferenzteilnehmer nicht ohne Einfluss bleiben würde. Die Reichsregierung wird also alles daran legen müssen, noch ehe die offiziellen Verhandlungen beginnen, den Führern der Weltmächte ihre neuen Pläne zu nennen, um möglichen diese Versuche oder schwere die Konferenzen überhaupt, so wird sich das Ende Deutschlands nicht aufhalten lassen.

Die türkischen Gegensforderungen zur Meerengenfrage.

Gegen die Entmilitarisierung.

Pausanne, 8. Dez. Die Prüfung der Meerengenfrage wurde in der heutigen Sitzung des Ausschusses für internationale Angelegenheiten fortgesetzt. Sommel-Pascha gab eine längere Erklärung ab, in der er die türkische Bevölkerung anwandte. Hieran knüpft er eine Kritik an neuwähnten Punkten des alliierten Vorschlags und wies in jenen Ausführungen insbesondere die geforderte Einrichtung der Meerengen und Konstantinopels zurück, da die Türkei nicht auf das Recht verzichten kann, im Falle eines Krieges zwischen den Untertanen des Mittelmeers und des Schwarzen Meeres ihr Hoheitsgebiet unabhängig zu verteidigen. Die Türkei sei damit einverstanden, dass eine freie Handelsfahrt gewährt werde, und sie forderte zur Regelung der einschlägigen Verhandlungen die Einigung einer internationalen Kommission, die den Donauausschuss ähnlich sei. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, formulierte die türkische Delegation ihren Standpunkt in der Dardanellen-Klage folgendermaßen: Sie fordert:

1. das Marmarameer gegen jeden Angriff vom Meer und vom Land her geschützt werde;
2. dass Seestreitkräfte, die sich ins Schwarze Meer begeben, derartig bestärkt werden, dass sie die entmilitarisierte Zone zwischen den beiden Meerengen und dem Schwarzen Meer nicht gefährden. Sie dürfen nur ausreichen Streitkräfte, die zum Schutz des internationa-
lischen Handels bestimmt sind.

3. dass im Schwarzen Meer keine Kriegsschiffe unterhalten werden.

4. drei Durchfahrten der Handelsfahrt in Friedens- und Kriegszeiten. Für den Fall, dass die Türkei nicht neutral bleibt, wird sie sich mit der unentbehrlichen technischen Aus-
stattung bewaffnen.

Nudem Sommel-Pascha die Vorschläge der Türkei vorgetragen hatte, erklärte er, dass er nun vorbereite, auf einzelne Artikel des alliierten Planes einzuhören, da er aber bereits heute gegen eine Reihe von Punkten, die für die Türkei besonders schwierig seien, Bedenken geltend machen müsse. Diese bestehen sich hauptsächlich auf das Marmarameer, die Verbindung mit Anatolien und Thrakien und wenden sich gegen das Verbot der Truppenbewegungen in der entmilitarisierten Zone, sowie gegen die vorgeschlagene Grenze der leichten. Ferner wenden sie sich gegen das Verbot, im Mar-
marameer eine Kreuzfahrt und Reisen zu machen, was die vier vor den Meerengen liegenden Inseln betrifft, müsse die türkische Souveränität über Imros, Tenedos,

und Samothrake anerkannt und Lemnos selbständig werden. Ebenso müsse für die Gallivoli-Halbinsel ein Mindestmaß von Verteidigungsmitteln gegen Angriffe ausgestanden werden.

Tschitscharia

antwortete auf die alliierten Vorschläge, dass die Türkei eine Schleusenwand zwischen Asien und dem anderen Teilen des Imperiums des Reiches werden müsse. Der Türkei sei deshalb die ausschließliche Obrut über die Meerengen zu übertragen. Russland schlägt eine Konferenz der Untertanen des Schwarzen Meeres vor, die beraten soll, wie die Sicherheit der Küste zu wahren sei.

Der griechische ebenso die jugoslawische Delegation und der Vertreter Rumäniens sprachen ihre Zustimmung zu den alliierten Vorschlägen aus. (W. T. B.)

Der Internationale Frauenkongress gegen die Friedensverträge.

Dogg, 8. Dez. Auf dem Frauenkongress sind siebzehn Länder vertreten, darunter Deutschland, Holland, England, Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten. Begonnen der Eröffnung des ersten Tages bildeten "Die Südgemeinden und die politischen Folgen der Friedensverträge". Eine Entschließung gelangte zur Annahme, in der die alliierten Ministerpräsidenten, die morgen in London ankommen, aufgefordert werden, durch eine endgültige Regelung der Reparationsfrage das Vertrauen der Welt wiederherzustellen und damit die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Beziehungen nach der Internationalen Zusammenarbeit anzubauen. Professor Ewald, der mit großem Beifall begrüßt wurde, vertrat die Ungerechtigkeit einer Reihe von Bestimmungen des Westlicher Vertrags. Der Vertrag entspreche nicht dem Grundsatz, die durch die Note Wilsons bei Abschluss des Wallensteinschen gegeben wurde. Diese Frage müsse durch ein unparteiisches Gericht geprüft werden. Außerdem sprachen sich Vertreterinnen aus Polen, England und Frankreich für die Revision der Friedensverträge aus. Ferner wurde in der ersten Sitzung ein Bericht der nach dem beschlagnahmten Landen eingesetzten Kommission zur Kenntnis genommen. Frau Dogg (England) vertrat auf die durch die Verschärfung der deutschen Bevölkerung erzwungene höheren finanziellen Lasten, auf die Wohnungsknot, auf die Zunahme der Unterdrückung hin. Zum letzten Punkt sprach außerdem Frau Dr. Habers, Mitglied des Deutschen Reichstags, die diese Angaben durch Zahlen unterstrich.

Das neue Hungersterben in Rußland.

Ural, Wolga, Krim, Ukraine als Zenith der Hungersnot.

(Von unserem Beobachter)

St. Petersburg, 7. Dezember.

Wenn Russland heute ernstlich bedroht ist, Geide zu exportieren, so kann nur die Absicht dahinter liegen, Europa und die Welt zu plündern. Das Russland soll damit nur erneut werden, Geide aus russischen Wirtschaft zu gewinnen und sein Kapital zu investieren. Da Wisselkraft jenen wie in Russland wie vor einem Jahre vor einer ländlichen Hungernot. Bei vorläufiger Schätzung wird die Zahl der Hungertoten 6 oder 7 Millionen Menschen ausmachen. Im Süden und Südosten hat anhaltende Dürre und Dürre die anfangs nicht ungünstigen Ausichten vertrieben. Im Nordwesten haben anhaltende Regengüsse 20 Prozent der Ernte vernichtet. Aber auch die Anbaufläche ist an sich viel zu gering. Zur Durchhaltung der Bevölkerung braucht man mindestens 20 Milliarden Pfund Getreide, während die Ernte noch amtlichen Angaben nur 15 Milliarden Pfund erbringt, somit ein Defizit von 5 Milliarden Pfund. Die Anbaufläche ist gegen 1917 um 30 Prozent zurückgegangen. Das Bodenergebnis bezügliche sich in der Vorstellung auf 5 Pfund pro Hektar, jetzt aber nur 3 Pfund. Ausreichend, ob es etwas über mittelmäßig in die Ernte nur in Zentralrussland, der Nordostraine und im Nordostraße, noch überall ungenugend. Außerdem kritisch ist die Lage in den Gouvernements Siberien, Transsibirien, Krim, Wolga, Samara, Odessa, was selbst die amtliche "Economische Zeitung" zugeht. Hier hat das Sieben bereits einsiegt. In Thessalon haben 30 Prozent der Bevölkerung bereits die Stadt verlassen. Es wird hier wie im vorherigen Jahr eine Flügelwanderung der Hungertoten und Sterbenden eintreten. Nach amtlichen Berichten hungern in der Südostraine, Krim, Wolga und im Uralgebiet schon sechs Millionen Menschen. Russland steht einem katastrophalen Minier entgegen, der möglicherweise die Katastrophe und die Erdbeben der vorigen Krisen und aermüthen Bevölkerung bringen wird. Es kann an einem entzündlichen Chaos kommen, das aber vielleicht die Atmosphäre für immer reinigt. (W. T. B.)

Deutsch-polnische Sanitätskonvention.

Vom Generaldirektor der polnischen Delegation für die polnisch-deutsche Verhandlungen in Dresden wird mitgeteilt, dass in diesen Tagen die polnisch-deutsche Sanitätskonvention abgeschlossen und ihr Wortlaut festgestellt werden soll. Die deutsche Regierung hat den polnischen Antrag betreffs Einladung eines Vertreters der Sektion für Organe des Volksverbundes zur Teilnahme an den Verhandlungen abgelehnt.

Erläuterung von Sinnseiner-Jäger.

London, 8. Dez. Hier der Kurzbericht britischen Redakteur: Wenn es Connors und O'Learys Polizei, und heute vormittag ankommen mit zwei anderen Jägern der Aufständischen in Dublin hingerichtet worden. Amlich wird erklärt, dass es sich hierbei um eine Vergeltungsmaßnahme für die gestern erfolgte Ermordung des Deputierten Hayes und um eine seltzame Warnung an diejenigen handelt, die sich gegen das irische Volk verschworen hätten. (W. T. B.)

Das Urteil wegen der Darmstädtler Unruhen.

Die Ausschreitungen gegen den Reichstagabg. Dingeldey.

Darmstadt, 8. Dez. Die Verhandlungen vor dem Schöffengericht wegen der bekannten Auseinandisungen am 27. Juli wurden, soweit sie den Abgeordneten Dingeldey betrafen, nach vierjähriger Dauer zu Ende geführt. Die angeklagten Doell und Hennerkell wurden zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Friedrich zu 1 Jahr 6 Monaten, Weyer zu 6 Monaten, Wagner zu acht Monaten, Nachs zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Sämtliche Angeklagten wurden mildende Umstände zuerkannt.

Umstellung des Denkmals Kaiser Wilhelms I.

im Reichstag.

Berlin, 7. Dez. Der Reichstagssaal für die Abschaffung des Reichstagabg. Dingeldey.

Am 27. Oktober batte die "Deutsche Zeitung" nach dem englischen "Sunday Times" einen angeblichen verdeckten Bericht, den die deutsche Regierung über die Freigabe der Wiedergutmachung und Entwaffnung im September der französischen Regierung erhalten haben sollte, veröffentlicht. Trotzdem dieser Bericht bereits in einer am 17. Oktober veröffentlichten halbmäßigen Rosta als von Anfang an bis Ende als erfunden beschrieben worden war, hat der britische Nationalsozialist Hitler in Münchener Verhandlungen neuerdings dieses Schriftstück aus der Zeitung "Sternland" vom 4. November zur Verleihung gebracht. Wie sind von der Reichsregierung ermächtigt, Klipp und Klap an erklären, dass es sich bei dieser ganzen Ausdehnung, die auf ein offenkundiges englisches Blatt zurückzuführt, um eine bislang unbekannte Fassung handelt, der jederzeit untersucht steht? (W. T. B.)

Nach der Erklärung Hitlers sollte das Schreiben der Reichsregierung bei Frankreich angesetzt haben, die sofortige Auflösung aller nationalen Verbände in Deutschland zu fordern, um ein Aufkommen der nationalen Bewegung und eine Antragstellung der Reparationsforderungen zu verhindern. Sie halten bereit bei Bekanntwerden der Hitler-Deutschen Sektion auf das frühere halbamtliche Dementi hinzuweisen.

Eine neue Gewaltssat im besetzten Gebiet.

Ludwigshafen, 8. Dez. Gestern nachmittag wurde der Beamte der Ludwigshafener Gewaltssatze des Reichsvermögensverwaltung Ernst Hartmann in der Wohnung des französischen Sergeant und Regimentschefs Mouss von diesem durch einen Bauchschuss tödlich verletzt. Der Hund zur Toten ist noch nicht bekannt. Hartmann befand sich, wie vermutet wird, in Abschüttung seines Amtes in der Wohnung des Sergeanten.

Die sächsischen Milch- und Butterhöchstpreise im Reichstag.

Eine deutsch-nationale Auseinte.

Dr. Philipp, Herrn u. Gen. haben im Reichstag folgende Interpellation eingereicht:

Dem Reichsgericht entsprechen sind in den letzten Wochen im Deutschen Reich die Preise für alle Lebensmittel ins Angehende gestiegen. Außerdem ist infolge des Fortbestehens der Zwangsirtschaft für einen Teil der Erzeugnisse der Landwirtschaft eine starke Minderung der Produktion eingetreten. Trotz Unterbindung der freien Preisbildung in Brotgetreide wurde eine wesentliche Preiserhöhung dadurch nicht erreicht. Die Unterbindung der Produktionsmittel dagegen ist infolge des einschlägigen Preisabschaffung nur in ungenügender Weise möglich. Dadurch muss leichter Endes die Steuerung der Lebensmittel weiter verstärkt werden. Angestellt dieser Erfahrungen sind in einzelnen Teilen des Reiches noch neue Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiete des Erzeugnisses wesentlich getroffen worden. Es betrifft zum Beispiel

im Freistaat Sachsen

infolge einer Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 27. November 1922 betr. die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch und Butter und sonstigen Milchprodukte und infolge der Art der Durchführung dieser Anordnung durch die unteren Verwaltungsbehörden, zurzeit ein überaus großer Mangel an Milch, Butter und sonstigen Milchprodukten. Die Tatsache, dass in Sachsen bereits vielerorts die Margarinepreise mehr als das Doppelte des Butterpreises betragen, hat einerseits die erforderliche Anzahl von Butter und Milch aus dem übrigen Deutschland verhindert und die Abwanderung dieser Einwohner über die Landesgrenze begünstigt. Weil die amtlichen Preise für Milch und Butterprodukte weit hinter den Herstellungskosten liegen, droht die gesamte Sächsische Viehwirtschaft auszugehen.

Willigt die Reichsregierung das Vorgehen der sächsischen Regierung?

Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um der Landwirtschaft die Produktion gegen weitere Zwangs-

wirtschaftsschranken zu entlasten?

Wie gedenkt die Regierung die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln künftig zu gewährleisten?

Diese Interpellation steht als erster Punkt auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstages am kommenden Montag.

Die Änderung der Zwangsanstleihe im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 8. Dez. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates befindet sich in seiner sechsten Sitzung mit dem Änderungsentwurf für die Zwangsanstleihe. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums begründete den Entwurf, durch den ein Beitrag von ungefähr 140 Milliarden Papiermark erwartet wird. Nach vorheriger Erörterung nahm der Ausschuss einstimmig folgende Entschließung mit: "Der finanzpolitische Ausschuss nimmt den Standpunkt ein, dass es keinen Zweck habe, sich seinerseits mit Menschen zu beschäftigen, die über die Zwangsanstleihe zu beschaffen, weil es keine Rendite gibt, die das Gesetz in seinem bisherigen Zustand brauchbar zu machen versöhnen und die den Folgen der blöder eingetretene und womöglich weiteren Geldentwertung Rechnung tragen können." (W. T. B.)

Ein neues System der Teuerungszuschläge für Beamte.

Berlin, 8. Dez. Das Reichsfinanzministerium hat die Spartenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter zu Besprechungen über die von den Organisationen geforderte Erhöhung der Lohns für Montag und Dienstag eingeladen. Die Organisationen werden zu diesen Verhandlungen keine gesamtstaatlichen Forderungen aufstellen. Man wird aber die Sonderfaktoren daran legen, dass nach der Reichsfinanzdirektion darüber eine mehr als 400 Jahre bestehende Verleistung gegenüber der Kriegszeit eingetreten ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen sind. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte will man im Reichsfinanzministerium diesmal nach einem anderen System arbeiten. Es sollen für die Arbeitnehmer eine Höhe als Vergleichsstelle eingesetzt werden, das nach einem Bericht zieht zwischen den jetzt vom Reiche geahnten Entlohnungen und den in der ersten Dezemberwoche von der Industrie gezahlten Löhnen. Es soll lediglich eine Ansteigerung der Entgelte der Staatsarbeiter an die der Industriearbeiter passenden, wobei man sich nicht etwa, wie bisher, ausschließlich auf das Gehalt des Reichsfinanzministers bezieht. Die Beamtengehälter sollen dann in der Weise erhöht werden, dass sie keinen Antrag auf eine Erhöhung der Lohns für Montag und Dienstag stellen. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird aber die Beamterleistung daran legen, dass nach der Reichsfinanzdirektion gegenüber der Arbeitnehmer eingetreten ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen sind. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen sind. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe von 10. November, die im Einland nicht mit den Einschätzungen unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Welt aus gleichgestellt werden, dass nach der Reichsfinanzdirektion erneut vor dem Reichstag angesetzt wird. Dieser wird ebenfalls eine Entschließung erlangen, die die Reichsregierung gegenüber der Arbeitnehmer eingetragen ist, während die Belegschaft eines mittleren Beamten höchstens um das 10fache gestiegen ist. Bei der Ermittlung des Teuerungszuschlags für Beamte wird die Beamterleistung gegenüber der Arbeitnehmer in ihrer Höhe

Aus den letzten Tagen des Königs Karl von Rumänien.

Von Paul Lindenberger.

Vor kurzem zählte sich zum achten Male der Todestag König Karls von Rumänien. Wir entnehmen obigen Abschnitt dem jüngsten Werk: "König Karl von Rumänien. Ein Lebensbild, dargestellt unter Mitarbeit des Königs". Von Paul Lindenberger. Abgesehen von wichtigen Dokumenten, die seinerzeit der König dem Verfasser mitgeteilt hat, enthält das vorzüglich ausgestattete mit etwa 400 Abbildungen verfasste Buch eine Fülle neuen Materials aus bisher unveröffentlichten geheimen diplomatischen Berichten, auch zum Kriegsausbruch.

Die Erstürmungen, die der Kriegsausbruch, die Haltung des rumänischen Kabinetts und des Volkes auf den König ausgeübt, hatten seine Gesundheit schwer beeinträchtigt. Mehrfach mahnte im Auftrage seiner Regierung Graf Czernin, der Gesandte Österreich-Ungarns in Bukarest, in jenen leidenschaftsgefüllten Augusttagen den König an seine Pflichterfülltheit und verschaffte alles, um den sofortigen Anschluss Rumäniens zu erreichen, indem er den König ermahnte, daß das gegebene Wort sein Deutelose lasse, das einen Vertrag Vertrag sei und seine Ehre es ihm gebiete, das Schwert zu ziehen".

Auch die Berliner Regierung schloß sich dem Drängen der Wiener an. Der Reichskanzler Bethmann-Höstweg telegraphierte dem deutschen Gesandten v. Waldbauer in Bukarest: "Bitte König Karl und Regierung unverzüglich erklären, daß wir durch das Verhalten Russlands und dessen Einsatz in unser Gebiet in Krieg mit Russland gedrängt worden sind. Allgemeine Mobilisierungsbeschluß ist gestern ergangen. Wir ersuchen sofortige Mobilisierung der rumänischen Armee und deren Aufmarsch gegen Russland."

Kurz vor den 75-jährigen König, schwäche Rücksicht voll unaufhörlicher Grübeleien, wie der Konflikt zu Wien sei; auf einer Seite Ehre und Pflicht, auf der anderen lag das gesamte Volk, das an sich österreichisch war und dessen Feindschaften mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln ausgefeilte wurde, um Partei zu erarbeiten. Partei gegen seinen königlichen Führer, falls er sich für die beiden verbündeten Mächte erklären würde!

Weit' eine ergreifende Szene: Weder einmal wird Graf Czernin im künstlerschmückten Arbeitszimmer des Königs vorstellig und richtet übermals die Frage an den König, ob er sich nun entscheiden wolle, Wien warte auf die beklagende Antwort. Und der König kann sie nicht geben! Weinend bittet er das weise Haupt auf den Schreibtisch und verläßt mit zitternden Händen, sich den Orden "Pour le mérite" vom Halse zu entfernen, da er nach seiner Ansicht nicht mehr würdig sei, ihn zu tragen! — — —

Den ersten Kronrat sollte ein zweiter folgen, er wurde infolge des Beschlusses des Königs verschoben. Die Sorge um ihn hatte den König schwer bedrückt, was würde er bringen? Wollte ihn bedrückt neben den vielen anderen Sorgen, die ihm mehr und mehr zerstörten. Zu einem Vertrauten äußerte er: "Vor fünfzig Jahren habe ich für Rumänien alles getan, was ich nur tun konnte! Ich habe Kommandos verlassen, um mich für Rumäniens Wohlserwerke einzusehen; jetzt, wo ich den Erfolg meines Lebenswerkes geworden hoffe, sche ich, daß ich von allen verlossen bin!"

Dies Gesetz quälte den König Tag und Nacht. Noch vor einem Jahre war er als Friedensherr geprägt worden, war Bukarest der Brennpunkt des internationalen politischen Interesses gewesen, hatte der König von Rumänien eine so hohe, allseits anerkannte Stellung eingenommen, wie sie zuvor — und nun dieser Höhepunkt von Feindseligkeit und Verleumdung!

Müde war er und matt, franz und fisch, der königliche Steuermann des von Feindschaften alter Art durchpulsierten rumänischen Staatschiffes, das in den Brandungen der erregten Zeit hin- und herschüttelt wurde. Er war entdeckt, abzudanken, wenn man ihn zwingen wollte, gegen die Mittelmächte vorzugehen — mit dem Gedanken bestreute er sich —, dann seine süddeutsche Heimat aufzusuchen oder nach dem waldungebenen Kloster Einsiedeln, das er früher mehrmals besucht und für das er stets eine besondere Vorliebe empfunden hatte, zu gehen, um dort, fern dem Getäusch der Welt, an seinen Denkwürdigkeiten zu arbeiten. Und er hatte auch schon seine Abdankungsurkunde aufgeschrieben!

Aber trotz Krankheit und Machtlosigkeit versuchte er mit wilder Spannung die ja auch für Rumäniens Haltung tatsächlich in die Karten die bunten Röhnen ein, welche die Stellungen der verschiedenen Armeen kennzeichneten. Aus den ihm Tag für Tag vorgelegten Meldungen der verschiedenen Heeresleitung wußte er sich stets ein klares Bild zu machen und ließ sich nicht durch gefärbte Berichte der deutschen Presse, jede Nachricht von einem Siege sandte ihm das wärmste Echo; die Folgen des Marne-Feldzuges berührte er sehr richtig und bedauerte das Rechtfertigen eines entflohenen militärischen Genies und eines geschickten politischen Führers aus harter Bismarckischer Schule. —

César Franck.

Zum 100. Geburtstag des Komponisten am 10. Dezember.

Von Alfred Göthe.

Das bittere Wort des herabenden Berlioz: „Lebt wird man wohl endlich meine Musik spielen“ hat sich auch an César Franck, dem bahnbrechenden Reformator der neufranzösischen Musik, erfüllt. War es ihm doch nur in seltenen Fällen vergönnt, eines seiner Werke zu hören, und als er mit 8 Jahren wenige Monate vor seinem Tode mit seinem wundervollen Streichquartett endlich seinen ersten Erfolg errang, war der gar nicht Verwundete über die heraliche Aufnahme seines „anspruchsvollen Komponistwerks“ so erstaunt, daß er freudig aussrief: „Es scheint, daß das Publikum mich zu verstehen beginnt.“

Diese Erwartung hat sich allerdings erst nach Francks Tode erfüllt. Bei seinen Debützügen muhte er sich mit der Befreiung seiner Schüler beanspruchen, die den bescheidenen Meister denn auch reizlich für die Entwicklungen entdeckten, denen er nie genug Peine hindurch ausgesetzt sah, dank dem Reid und der Miskrahn der Verfolgungen, deren Handwerksteid dem unbequemen Reid und der Stein in den Weg zu werken nicht müde wurde. Diese Intrigen lebten sich überdies durch die Weltreise des in Belgien geborenen Komponisten, der, in Frankreich naturalisiert, in Paris eine anselige Heimat gefunden hatte, nur zu sehr beunruhigt. Unbekümmert um den Erfolg ihres Franck dem inneren Drama folgend Werk auf Werk und erhielt in einer Art des Streitkamps und des äußerlichen Wettkampfs einen gewaltigen Vorbild, Johann Sebastian Bach, nach, und wie dem großen Thomaskantor, hat sich auch an seinem treuen Schüler das Wort erfüllt: daß Genie Fleisch ist.

Die überzeugende Stellung Francks in der französischen Musikgeschichte der Neuzeit hat Vincent d'Indy, der hervorragendste seiner Schüler und die stärkste Individualität in der modernen Musik Frankreichs, mit den treffenden Worten gekennzeichnet: „L'art symphonique est né en France avec l'œuvre de César Franck.“ Auf dem Boden Frankreichs und Beethovens geworden und gewachsen, erhält Francks Musik, die in ihrem melodischen Teil auch von Schumann und Schubert stark beeinflusst ist, durch den Einschlag romanischer Elemente einen eigenen Reiz der Sinnesträumerkeit, die auch in der rhythmischem und harmonischen Gestaltung auftretende Wirkungen erzielt. Schon mit den ersten drei Klaviertrios, die der Avantgarde erscheinen ließ, knüpft Franck im thematischen und architektonischen Ausbau bewußt an die lebten Werke Beethovens an, und von diesem Opus I an gelangen bis zu dem das monumentale Gebäude seiner

Werke krönenden Oratorium „Die Seligpreisungen“ verfolgt der französische Nachahmer Beethovens konsequent den Weg, den der Bonner Meister gewiesen hat. Adele seiner Arbeiten ist ein sprechender Beweis für die Kraft, mit der sich hier eine eigenständige französische Intelligenz die Beethovenische Erblichkeit zu eigen gemacht hat. Diese gesetzte Selbständigkeit bewahrte Franck auch vor der Erfahrung, in den Schatten des Titonen zur Rolle des Epionen herabzustufen. Folgte er in der thematischen Gestaltung und Vertiefung des geistigen Tonangehalts den deutschen Vorbildern, so zeigt sich andererseits in dem Sinn für klangliche Distanzen, in der Führung und Darbietung des melodischen Radions und in der krisallklaren Durchsichtigkeit des technischen Ausbaus die virtuose Hand des in französischer Schule ausgebildeten Meisters. Franck spricht keine eigene Tonsprache, die in Milano und Alzey so starke Enthauptung zeigte, doch sich jede Phrase dem Ohr des Musikers sofort kenntlich macht. Vor allem aber ist es keine an Kombinationen unerschöpfliche Rhithmik im weitesten Sinne der musikalischen Architektur, die ihn befähigt, sich einen symphonischen Stil anzuzeigen, der Schule mache und der Entwicklung der neufranzösischen Musik den scheinlichen Platz bereite.

Am 10. Dezember 1822, an dem Tage, da Beethoven den Schlüpftritt unter die Handschrift seiner Missa Solemnis setzte, wurde César Auguste Franck in Lüttich geboren, in der Provinz Lüttich, des großen Reformators der französischen komischen Oper des 18. Jahrhunderts, und der Violinvirtuosen Moritz und Alzey. Nach dem Besuch des Konseratoriums in Lüttich trat Franck in das Pariser Konseratorium ein, wo er bald im Klavier- und Orgelspiel und in der Komposition Aufsehen erregte und einen Preis nach dem andern gewann. Am Wettbewerb für den Rompreis teilzunehmen, wurde er durch seinen Vater gehindert, der ihn nach Lüttich zurückrief, um ihn, durch die Erfolge Liszts ermutigt, in die gewinnbringende Pausbahn des Klaviervirtuosen zu drängen. Das entsprach aber durchaus nicht den Regelungen des Sohnes, der es schließlich auch durchsetzte, daß die ganze Familie nach Paris übersiedelte. Hier schlug sich der junge Musiker als Klavierlehrer hämmerisch durch, bis er im Jahre 1858 die Stellung des Organisten an der neuen Kirche St. Gervais erhielt; daneben wirkte er nach dem Rücktritt seines Lehrers Benoist als Orgelpfarrer am Konseratorium. Troy dieser Amtszeit zwang ihn die bittere Lebendigkeit, sich als Klavierlehrer einen Nebenverdienst zu suchen, auf den er bis zu seinem Tode angewiesen war. Hatte es der große Komponist doch niemals möglich machen können, so viel Welt zu erübrigen, um seinen kleinen Wunsch, einer Aufführung der Wagnerischen Musikdramen im Bayreuther Festspielhaus zu bezothen,

Der neue Straßenbahntarif.

Preisermäßigte Fahrkarten.

Wie schon gemeldet, tritt am 13. Dezember der neue Straßenbahntarif in Kraft. Es kostet dann eine einfache Fahrt im Umsteigefahrt im innerstädtischen Verkehrsbereich sowie nach Laubegast und Nossen 50 Pf. Auf der Linie 11 gelten folgende Preise: Nossen—Bühlau—Dörrstraße oder Wördrundbrücke—Nürnbergstraße 50 Pf. Bühlau—Nürnbergstraße 65 Pf. Kinder zahlen auf allen vorgenannten Linien 25 Pf. Im Nachverkehr gilt der doppelte Preis.

Preisermäßigte Fahrkarten.

Es werden ausgedehnt:

- A. Übertragbare Fahrkarten zu 6 Einzelfahrten für 280 Pf.
- B. Übertragbare Arbeiterkarten zu 12 Einzelfahrten für 450 Pf.
- C. Übertragbare Arbeiterkarten zu 12 Umsteigefahrten für 600 Pf.
- D. Übertragbare Fahrkarten zu 15 Einzelfahrten für 640 Pf.

E. Übertragbare Fahrkarten zu 15 Umsteigefahrten für 700 Pf.

F. nicht übertragbare Karten für Schüler und Lehrlinge zu 15 Einzelfahrten für 450 Pf.

G. nicht übertragbare Karten für Schüler und Lehrlinge zu 15 Umsteigefahrten für 450 Pf.

H. übertragbare Karten für Kinder unter 14 Jahren zu 10 Einzelfahrten für 200 Pf.

I. übertragbare Karten für Kinder unter 14 Jahren für 80 Pf.

Die Weltzeit der zeitlich unbedingten Karten A und B bis H kann von der Direktion durch einmalige Bekanntmachung im Amtsblatt mit einmonatiger Frist aufgehoben werden.

Bergbahnen in Zschopau.

Drahlsleibbahn. Bergfahrt: Sonnabend 20 Pf., werktags 12 Pf., Talfahrt Sonnabend 10 Pf., werktags 5 Pf. — **Schwebebahn.** Bergfahrt: Sonnabend 12 Pf., werktags 8 Pf., Talfahrt Sonnabend 6 Pf., werktags 4 Pf. Kinder zahlen die Hälfte. Im Nachverkehr gilt das Zweitfahrt der vorstehenden Sätze.

Freiderzhainbahn. Fahrtkarten zu 11 Berg- und 11 Talfahrten kosten 90 Pf. Fahrtkarten zu 10 Berg- und 10 Talfahrten für Kinder unter 14 Jahren kosten 40 Pf. Die Weltzeitdauer beider Kartenarten ist unbestimmt. Sie sind übertragbar.

Für Laubegost-Niederseidlich-Kleinischödwitz. beträgt der Fahrpreis für eine Fahrt zwischen Laubegost und Bahnhof Niederseidlich oder zwischen Marktstraße Leuben und Kleinischödwitz 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder, zwischen Laubegost und Kleinischödwitz 30 Pf. für Erwachsene. Die Preise für Fahrten über Niederseidlich hinweg gelten nur in unmittelbar durchlaufenden Bogen.

Ermäßigte Fahrtkarten: Übertragbare Fahrtkarten zu 12 Einzelfahrten für 180 Pf., übertragbare Fahrtkarten zu 15 Einzelfahrten für 255 Pf. und übertragbare Fahrtkarten zu 10 Einzelfahrten für Kinder unter 14 Jahren für 80 Pf.

Staatliche Vorortlinien.

Gleichzeitig mit vorstehenden Änderungen werden die Fahrtpreise auf den von der Städtischen Straßenbahn mitbetriebenen freien Linien und im Übergangsverkehr zwischen ihnen und den anschließenden Stadtlinien erhöht.

Linie Milden-Bühlau: Straßenbahnhof Milden-Beintraube oder Waldstraße—Bahnstraße in Bühlau—Bühlau oder Bühlstraße—Bühlau—Mildenstraße 25 Pf.; die ganze Strecke Milden-Bühlau—Bühlau 40 Pf. Übergangsstrecke: Linie 10 Bautzen—Zschopau—Bühlau oder Linie 15 Göltzsch—Bühlau—Bühlau oder Linie 17 Göltzsch—Bühlau—Bühlau 65 Pf.

Babbiinger Straße—Gömnisdorf: Babbiinger Straße—Glassfabrik Siemens oder Bergstraße—Straßenbahnhof Deuben oder Bitterseeweg—Bahnhof Gömnisdorf oder Bahnhof Babbiinger Straße—Gömnisdorf 40 Pf. Übergangsstrecke: Linie 1 Nennsgrün oder Zschopau—Gömnisdorf oder Linie 12 Altenberger Straße—Gömnisdorf 65 Pf.

Borsigstadt Göltzsch—Göltzsch: Die ganze Strecke 25 Pf. Übergangsstrecke: Linie 19 Laubegost—Göltzsch 65 Pf.

Arzenal-Alzey: oder Hellerau: Die ganze Strecke 25 Pf. Übergangsstrecke: Linie 10 Böhlitz—Alzey oder Hellerau 65 Pf.

Bühlau—Weißig: Bahnhof Bühlau—Bahnstraße Weißig 25 Pf. Übergangsstrecke: Linie 11 Weißer Hirsch—Bahnstraße Weißig 30 Pf.

Zschopau—Villnig: Körnerplatz (Zschopau)—Erbgericht Niederporitz oder Königliches Weinberg—Oberer Bahnhof Niederporitz oder Erbgericht Niederporitz—Endpunkt Villnig 25 Pf.; die ganze Strecke 40 Pf. Übergangsstrecke: Linie 1 Plauen—Zschopau—oberer Linie 18 Postplatz—Zschopau—Villnig 65 Pf.

Für Kinderkarten tritt eine Ermäßigung um etwa die Hälfte ein.

Die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Südlawien.

Belgrad, 7. Dez. Der südlawische Justizminister Matković erklärte einem deutschen Zeitungsvertreter in einer Unterredung, die auch die Exportationsleistungen betraf, Südlawien sei hauptsächlich an Sachleistungen interessiert, die für den Wiederausbau des französischen Landes absolut erforderlich seien. Südlawien sei gegenwärtig mit der deutschen Industrie in Unterhandlungen getreten, um die Lieferungen Deutschlands durch industrielle Lieferungen zu erhalten. Es sei Südlawien auch eine Art Stinnes-Lüderac-Angebot gemacht worden. Südlawien würde es aber vorziehen, mit den deutschen Firmen direkt zu verhandeln. Das habe für Deutschland auch den Vorteil direkten Kontaktes der deutschen Industrie mit den Brüdern. Über die Erfolge der Lieferungen, sofern der Minister, seien die südlawischen Behörden sehr aufgeregten. Es würde nämlich und antizipieren, Südlawien, sollte der Minister so habe bisher 200 Lokomotiven und 812 Eisenbahnwagen neben vielem Material, viel Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, Wasserleitungen usw. erhalten.

ausführen zu können. Angelebt seiner durch den Kronprinzen ausgestalteten Zeit blieben Frank für die Komposition seiner Werke nur die frühen Morgenstunden, und wie gut der Brühnsche die auszunutzen verstand, beweist die lange Reihe seiner Werke, die vom einladenden Ried bis zur großen Oper das ganze Feld der musikalischen Tätigkeit umfaßten und unter denen die Unionischen Dichtungen für Klavier und Orchester „Les Tissons“ und die „Unionischen Variationen“, die Sinfonie in D, die Oratorien „Ruth“ und die „Seligpreisungen“, die anderen Kirchenmusiken und Orgelwerke, die siböne Violinsonate, das Klavierquintett und das Streichquartett zu dem Bedeutendsten gehören, was die französische Musik der Neuzeit aufzuweisen hat. César Franck starb am 9. November 1890 in Paris. Völlig bat seinem Sohn einen Steinmal errichtet, das in diesen Tagen in Anwesenheit der Königin der Belgier eingeweiht wurde.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Othello“ 17. Schauspielhaus: „Aida“ 18. Neustädter Schauspielhaus: „Die Blaustürzlin“ 18. „Die Raben“ ins Blaue“ 18. Residenz-Theater: „Der Bettelstudent“ 18.
† **Wochen-Spielplan der Sächsischen Staatstheater.** Opernhaus Sonntag (10): „Carmen“ 5 bis gegen 12. 120 Uhr Nachvorstellung zum Besten ehemaliger Mitglieder der Sächsischen Staatstheater. Bunter Abend (bis 12 Uhr). Montag: „Madame Butterly“ 18 bis 10. Dienstag (um ersten Platz): „Mörder, Hoffnung der Frauen“ „Arlechino“ „Petrushka“ 17. Mittwoch: „Der liegende Holländer“ 18 bis 11. Donnerstag: „Mörder, Hoffnung der Frauen“ „Arlechino“ „Petrushka“ 17. Freitag: 8. Sinfoniekonzert, Reihe A (7). Samstag: 1/212 öffentliche Hauptprobe. Sonntag: „Wagnor“ 17 bis 1/10. Sonntag (17): „Der Holenkauzler“ 18 bis 11. Montag (18): „Der Barbier von Sevilla“ 18 bis 10.
† **Schauspielhaus.** Sonntag (10): Zum ersten Male Uraufführung: „Der Puppenschuster“ 10 Uhr. Montag: „College Crampton“ 18 bis nach 10. Dienstag: „Der Puppenschuster“ 18. Mittwoch: „Lind-Pippa tanzt“ 18 bis nach 10. Donnerstag: „Was Ihr wollt“ 17 bis 11. Freitag: „Die Journalisten“ 18 bis gegen 11. Sonnabend: „Der Puppenschuster“ 18. Sonntag (17): „Der Widersprüchliche Jähmung“ 18 bis nach 11. Montag (18): „Der Puppenschuster“ 18.

Die Wohn- und Dauerkarten sind im Preise entsprechend erhöht worden.
An Sonn- und Feiertagen wird auf der Linie Bischwitz—Villnitz und deren Verbindungen zu den Bahnhofsperrchen ein Aufschlag von 5 M. von Erwachsenen und von 3 M. von Kindern erhoben.
Der Gebührenzettel für die Beförderung von Handgepäck und Gütgätern auf den Bergbahnen in Bischwitz und den Güterwagen Waldschlößchen—Bühlau und Bühlau—Weißig ist gleichfalls erhöht worden.
Alle sonstigen Tarifbestimmungen bleiben unverändert.

Teuerungs- und Indezahlen

der Stadt Dresden für eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau, drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren)

(Mittheilung vom Statistischen Amt der Stadt Dresden)

Monat und Jahr	Summe der Ausgaben innerhalb 1 Woche für Ernährung, Bezug, Kleidung und Wohnung (Tausendsheller) ^a	Steigerung (+) oder Minde rung auf 1913/14 (der Monat vorhergehend)	Berücksichtigung (1+) oder Minde rung auf 1913/14 (der Monat vorhergehend)
Durchschnitt 1913/14	83,89	—	100
März 1922	2928	—	3119
April 1922	3178	+ 8,54	3385
Mai 1922	3309	+ 6,45	3620
Juni 1922	4439	+ 31,60	4728
Juli 1922	6240	+ 40,57	6646
August 1922	9784	+ 56,87	10426
September 1922	17366	+ 79,45	18709
Oktober 1922	36980	+ 110,52	39387

Monat und Jahr	Summe der Ausgaben innerhalb 1 Woche für Ernährung, Bezug, Kleidung und Wohnung (Tausendsheller) ^a	Steigerung (+) oder Minde rung auf 1913/14 (der Monat vorhergehend)	Berücksichtigung (1+) oder Minde rung auf 1913/14 (der Monat vorhergehend)
Durchschnitt 1913/14	110,64	—	100
März 1922	3762	—	3400
April 1922	4216	+ 12,07	3811
Mai 1922	4465	+ 5,91	4036
Juni 1922	5781	+ 29,47	5225
Juli 1922	8137	+ 40,75	7354
August 1922	14327	+ 76,07	12949
September 1922	23331	+ 64,24	21268
Oktober 1922	48141	+ 104,59	43311

Die Preise die durch die Teuerungsstatistik erzielten Lebensbedürfnisse sind demnach bis November ohne Bekleidung fast auf das Dreifache, mit Bekleidung auf mehr als das Dreifache der Vorkriegszeit gestiegen.

Eine kommunistische Anfrage.

Die kommunistische Fraktion des Landtags hat eine Anfrage an die Regierung eingebracht, in der gefragt wird, ob der sächsische Ministerpräsident sich bei der Befreiung der Ministerpräsidenten der Länder ebenfalls mit den politischen Richtlinien des Reichskabinetts einverstanden erklärt habe und ob das Kultusministerium mit dieser Haltung des Ministerpräsidenten einverstanden sei.

Das Ergebnis der deutsch-tschechischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die Dresdner Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei sind beendet. Nach Mitteilungen von tschechischer Seite ist das Textilabkommen vom April 1922 infolge erweitert worden, als von deutscher Seite neu die Verpflichtung einer wohlwollenden Bewilligungspflicht hinzugefügt wurde. Weitere wurden die Einflussreicherungen der deutschen Möbelkette in die Tschecho-Slowakei erstellt, und die Tschechen erklärten sich zur wohlwollenden schiedensfreien Friedelegung der Gewalt um Bewilligung des Verhandlungsvertrages mit Handelsketten bereit, während Deutschland sich verpflichtete, die Größe seiner Ausfuhrerwerke und Abnahmen für Garne und Gewebe, Spezialpapiere und Maschinen für die Süßwarenindustrie zu überlassen. Endlich bewilligte Deutschland unter gewissen Bedingungen die Ausfuhr von Ammoniumwasser zur Erzeugung von Stickstoffdünger.

Der Kampf um die Religionsfreiheit in der Schule.

Die katholische Schulorganisation für Sachsen hat sich veranlaßt gesehen, an sämtliche Lehrerstellen der höheren Schulen Sachsen das folgende Schreiben zu überleben:

„Mit Rücksicht auf die Verordnung 155 des Kultusministers, wonach den Schülern nicht mehr gestattet werden soll, an den Feiertagen ihres Bekennens die Schule zu verläufen, erlaubt sich die unerziehbare

Schulorganisation, dem sehr geehrten Lehrerkollegium ihrer Anzahl folgendes ergeben zu mitteilen:

„Auf Beschlussung des Ministeriums ist, soviel wir unterrichtet sind, von einer Anzahl Direktoren höherer Schulen (Lehranstalten) an die Eltern ihrer Katholischen Jünglinge die Mitteilung gerichtet worden, daß, wenn die Jünglinge an einem katholischen Feiertage die Schule verläufen, ihre Entlassung zu erwarten seide. Die angekündigte Verordnung des Kultusministeriums steht nach unserer Aussicht, vor allem aber auch noch Aussicht des Reichskabinetts des Innern, nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung und die Reichsregierung beachtet, falls das sächsische Kultusministerium die Verordnungen 155 und 156 nicht zurückziehen sollte, die Angelegenheit dem Staatsgerichtshof (Reichsgericht) zur Entscheidung zu unterbreiten. Es geht nun unseres Geschichts nicht an, daß wegen Zuwidderhandlung gegen eine mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehende Verordnung des sächsischen Ministeriums Kinder bestraft werden, zumal die Vertretung der Verordnung von Seiten der Eltern veranlaßt wird. Im § 14 des sächsischen Gesetzes vom 22. August 1876 über die Gymnasien, Realschulen und Seminare heißt es:

„Nur wenn die Bildungsaufgabe der Anstalt an einem Jüngling durchaus nicht zu erreichen, oder wenn die erziehliche und bessere Tätigkeit derselben an ihnen erschöpft ist, oder das sittliche Verhalten derselben die Ehre der Anstalt und das Wohl der Mitsschüler ernstlich bedroht, tritt Entlassung ein (Immision). Zur Erfüllung derselben ist ein Beschluss der Lehrerkonferenz erforderlich. Es darf nicht einstimmig gesetzt, so entscheidet die nächste Ausschussschöre.“

Wir wissen nicht, ob in denjenigen Anstalten, deren Lehrerstellen die oben erwähnten Warnungsbriefe verschickt, schon Rechenschaften vorgelegt haben. Solche Rechenschaften können für den Einzelfall noch nicht bindend sein. Wir haben aber das Vertrauen zu den hier gezeigten Lehrerkollegien unserer höheren Lehranstalten, daß sie bei der Fassung ihrer Entscheidungen sich nur durch den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit leiten lassen. Es kann unter keinen Umständen ein Schüler deshalb bestraft werden, weil er seinen Eltern gehorcht war. Es kann unter keinen Umständen in einem solchen Gehorchen gegen die Eltern eine sittliche Verfehlung erblickt werden, die die Ehre der Anstalt oder das Wohl der Mitsschüler ernstlich bedroht. Das Recht der Erziehung steht nach der Reichsverfassung den Eltern zu, und jeder Staatsbürgers genießt nach der Reichsverfassung das Recht der Religionsfreiheit und ihrer uneingeschränkten Ausübung. Was kann auch nicht von Unstimmigkeit reden, wenn die Schulversammlung erfolgt, um einer Religionspflicht zu genügen, das heißt, dem Gottesdienst zu beitreten. Einem anderen Grund, einen Schüler zu entlassen, kennt das Gesetz nicht außer den in § 14, oben zitierten, ausdrücklich genannten Gründen. Wenn das Lehrerkollegium die Entlassung des Schülers ablehnt, so hat das Ministerium auch kein Recht, die Entlassung zu versüßen. Wir hoffen zuverlässig, daß in ganz Sachsen die Lehrerkollegien in gerechter Anwendung der bestehenden Gesetze sich das Recht, über die Entlassung der Schüler zu beschließen, nicht aus der Hand nehmen lassen, was wohl auch nicht beabsichtigt ist; daß sie aber auch nicht dazu gelangen, die gläubigen Schüler wegen ihrer gläubigen Besinnung und wegen des Gehorams gegen ihre Eltern mit Schmäler zu belegen.“

In Dresden sind die Erziehungspflichtigen der Schüler der katholischen Volksschulen unter Hinweis auf das Schulverständnis der Schulamt am 1. November durch Schreiben des Schulamtes zu Dresden daran aufmerksam gemacht worden, daß sie im Wiederholungsfalle gemeinsam am 9. Dezember, Maria Empfängnis, bei „ungerechtfertigtem Schulverdämniß“ Strafe zu gewarnt haben. Heinrich Schell auch in Leipzig von der Schulbehörde vorgesogen zu werden.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Der Landesverband Sachsen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält am 2. Dezember unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der sächsischen Organisationen, der Verbänden und der mit ihnen zusammen arbeitenden Organisationen seine Hauptversammlung ab. Der Geschäftsbereich und insbesondere der Kassenbericht liefern die erstaunliche Entwicklung des Verbandes im ersten Jahre seines Bestehens erkennen. Unter den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten in Sachsen berichtete Geheimrat Professor Dr. Weber, Präsident des Landesgebietsamtes, wobei die bahnbrechende Stellung, die unser engeres Vaterland auf diesem Gebiete einnimmt, gebührend gewürdigt wurde. Der Entwurf des neuen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das nach langjährigen Verhandlungen fest die erste Läng der Kommission günstig vorgestellt hat, wurde von den Professoren Dr. Valekowitsch und Dr. Pintus, Berlin, die als Regierungskommissare einen weiten Anteil an den Beratungen hatten, erläutert. Dies Gesetz, von dem ein außerordentlicher jugendlicher, sozialer und bevölkerungspolitischer Segen für die Allgemeinheit zu erwarten ist, wurde in einer ender Aussprache weiterhin behandelt: Vertreter der Stadt, der Freie, der Kirchenbehörde,

der Bergbauschule u. a. wandten sich den hier vorliegenden Problemen zu. Insbesondere wurde die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Kursusjackett von allen Seiten erkannt. Ein Antrag des Vorstandes, der die Regierung auffordert, Mittel für die Verhinderung von örtlicher Hilfe, Medikamenten und vergleichbaren Bereitzustellen, eine Entscheidung gegen die Weidung Erkrankter an dem Unterrichtungswohnsitz, ein weiterer, der die Einführung von obligatorischem Unterricht über sexuell-diologische Fragen an Seminaren, Schulen fordert, wurde einstimmig angenommen. Eine Zusammenarbeit mit den Organisationen gegen den Alkoholismus, den freien Organisationen, den Bodenreformen, dem Verein für Volksbildung u. a. wird fälschlich die Tätigkeit des Landesverbands auf eine breitere Grundlage stellen. Zum Schlus wurde noch eine Entschließung angenommen, alle Beschreibungen zur Bekämpfung der jetzt herrschenden Genugtuungstätigkeit zu unterstützen.

— Der Rückgang der Schulkinderzahl in Sachsen. Im Jahre 1920 belaufen 729 800 Kinder die sächsischen Volksschulen. Nach den Berechnungen des statistischen Landesamtes wird der Schulerstand der sächsischen Volksschulen wahrscheinlich betragen: Oster 1928: 617 600 Schüler; 1929: 604 610; 1930: 501 700; 1931: 502 500; 1927: 504 000. Bis zum letzten Stande im Jahre 1925 wird die Schulkinderzahl noch unter die des Jahres 1884 sinken, die rund 580 000 betrug.

— Der Rohholzszuschlag für Droschen aller Art beträgt jetzt 10 M.

— Offenbarkeit der Geschäfte an den nächsten drei Sonnabenden. Sonntag, den 10., 17. und 24. Dezember, können die Geschäfte für den allgemeinen Handel in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags offen gehalten werden. Für den Handel mit Material- und Arbeitswaren, Milch, frischem Obst und Fleisch ist das Offenhalten der Geschäfte von 17 Uhr bis 6 Uhr früh und von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet.

— Das Hochwasser der Elbe hatte gestern abend am Dresdner Pegel einen Stand von etwa Meter über Null erreicht. Der Strom ist aber keine Ufer getreten und bewußt die Wände des Palaisgartens, am Terrassenufer reichten die Fluten bis an die Bahn. Es ist noch weiteres Steigen des Wassers zu erwarten, da die beständige Regenfälle der letzten Tage sich auf weite Weite bis in den Oberlauf der Elbe und ihre Zuflüsse erstrecken. Eine bedrohliche Höhe dürfte die Elbe aber nicht erreichen. — Der jetzige Schneekumt hat in den auswärtigen Betriebsergebnissen vielfache Beeinträchtigungen zur Folge gehabt.

— Der Kampf um die nicht „gleichmäßig anerkannten“ Feiertage in den Schulen. Von der Katholischen Schulorganisation wird uns mitgeteilt: Am gestrigen Feiertag (Maria Empfängnis) haben die katholischen Eltern Dresden einen Stand gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, sich ihre Ihnen verfassungsmäßig zugeschriebenen Rechte trotz alter Traditionen zu lassen. Am gestrigen Tage erschienen in den katholischen Schulen nur ganz wenige Kinder, teilweise waren es nur 3 Prozent, so daß ein geregelter Schulbetrieb in keiner einzigen Schule stattfinden konnte. Soweit die Nachrichten aus dem Lande bereits vorliegen, ist der Feiertag dort ebenfalls in der althergebrachten Weise gehalten worden.“

— Das Notgeld bleibt vorläufig noch gültig. Wiederholte mit Ende dieses Jahres seine Gültigkeit. Der Verband Sächsischer Industrieller ist auf Grund von Erfahrungen an zuverlässiger Stelle in der Lage, zu erklären, daß die Angaben in ihrer Verallgemeinerung nicht richtig sind. Es wird voraussichtlich demnächst eine Verfügung von Notgeldsteile in dieser Angelegenheit an die zur Ausgabe bereitstehenden Stellen ergeben, so daß diese dann jedoch in der Lage sein werden, die Dauer der Gültigkeit bestimmt zu geben.

— Weihnachtssakete läuftzeitig absenden! Mit Nachdruck auf den gekreigten Paketverkehr in der Weihnachtszeit wird dringend empfohlen, die Weihnachtssakete, namentlich nach entfernten Orten, nicht erst in den letzten Tagen vor dem Fest, sondern möglichst zeitig absenden, weil sonst keine Gewähr für rechtzeitige Auslieferung besteht. Auch liegt es im Interesse der Absender, die Pakete in den Mittag oder Mittagnacht aufzuhüllen, weil in dieser Zeit die Schalter nicht so belastet sind, wie am Sonnabendmittag und die Abtragung infolgedessen leichter ist.

— Neue Postkartenpreise. Vom 1. Januar ab betragen die Postkartenpreise der Eisenbahn in der 1. Klasse nun 10 M.

Bücher
kauf
Akadem.Buchhandlung Dressel
Bismarckplatz 14, Telefon 43532.

Wittwoch, Sonnabend und Sonntag nachmittags: „Der Edelweißkönig“.

† Beratungen. Heute, Sonnabend, 15 Uhr im Vereins- und Eröffnungsabend des „Aus o d i s“ dramatisches Theater von Romowitza. Leitung: William Edward. Szenen: Otto Schenk. — Abendkonzert am 10. Dezember.

† Sonnabendabende in der Kreuzkirche, abends 6 Uhr. 1. Otto Maßing (Kreuzingen): „Die Geburt Christi ist Engel. 2. Die Dörfer auf dem See. 3. Die Welten aus dem Morgenlande.“

† Weihnachtssakete. 1. Edgar Tinel: „Der Herr, der zu euren kommt.“ 2. Pauline Schäfer: „Die heilige Advent“. 3. Eine Singstimme mit Engel. 4. „Warum willst du Menschen haben?“ Adventlied. 5. Waldemar Ahlers (Zwickau): „Schweidische Weihnachtssakete für eine Singstimme mit Engel.“ 6. Axel Weinholtssakete für Chor: a) Georg Wierling: „Als das Christkind wird zur Welt gebracht“, b) „Als ich bei meinen Eltern wohnt“. Melodie aus dem 17. Jahrhundert, bearbeitet mit Gesangsmusik von Hugo Hönoch (Dresden). — Weihnachtssakete: Tora Nordius (Sparta), Engel: Bernhard Pöhlisch. Begleitung: Otto Scherzer. — Texte an den Weihnachtskonzerten der gegenüberliegenden Kirchen.

† Weihnachtssakete. 1. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 2. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 3. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 4. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 5. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 6. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 7. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 8. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 9. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 10. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 11. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 12. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 13. Der Weihachtskonzert von der Kreuzkirche am 10. Dezember.

† Weihnachtssakete. 14. Der Weihachtskonzert von der Kreuz

